

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbn d

Inhalt

Karl Liedtke MdB, Vorsitzender des SPD-Parteirates, unterstreicht, daß die SPD ein zuverlässiger Partner bleibt: "Ehen auf Zeit" sind keine sozialdemokratische Erfindung. Seite 1

Ludwig Fellermaier MdEP sieht in dem türkischen Verfassungsentwurf zahlreiche Widersprüche und Ungereimtheiten: Zu Lasten des gewählten Parlaments. Seite 3

Axel Wernitz MdB leitet aus dem Fall Langemann den Beweis ab, daß die Nachrichtendienste parlamentarische Kontrolle brauchen: Untersuchungsausschuß im CSU-Würgegriff. Seite 5

Hans Büchler MdB belegt, daß Zonenrandförderung unbedingte Notwendigkeit bleibt: Arbeitslosenzahlen alarmieren. Seite 6

Buchbesprechung
Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung. Seite 7

37. Jahrgang / 136

21. Juli 1982

Die SPD bleibt zuverlässiger Partner

"Ehen auf Zeit" sind keine sozialdemokratische Erfindung

Von Karl Liedtke MdB
Vorsitzender des SPD-Parteirates

Die anhaltende Diskussion um die Behandlung "der Grünen" ist im Grunde genommen nichts wert.

Sozialdemokraten regieren seit 1969 gemeinsam mit den Freien Demokraten verantwortlich dieses Land. Dabei haben wir uns stets zu einer sachbezogenen politisch-parlamentarischen Zusammenarbeit bekannt und unsere Entscheidungen eindeutig daran orientiert. Wir akzeptieren andere Meinungen, wir nehmen Kritik als Anregung von allen Seiten willkommen auf, wenn sachliche Vorschläge unterbreitet werden, die von klaren politischen Grundaussagen getragen werden.

Was bedeutet dies für den Umgang mit "Grünen", "Bunten" oder "Alternativen Listen"? Keine Gruppierung kann programmatische Grundaussagen und entsprechend umfassende sachliche Vorstellungen vorweisen; keine Gruppierung hat ein klares Verhältnis zu den Erfordernissen der parlamentarischen Demokratie. Damit gibt es in diesem Bereich zur Zeit auch keine Gruppierung, die staatstragend sein könnte, da sich die politischen Probleme in unserem Lande nur von einer politischen Kraft lösen lassen.

Folglich ist es logische Konsequenz, daß sich eine Koalitionsfrage mit neuen Parteien oder Listen für die SPD nicht stellt.

Das heißt aber noch lange nicht, daß man mit den Vertretern dieser Gruppierungen nicht über ihre Vorstellungen und Ziele ins Gespräch kommen darf. Das heißt auch nicht, daß man Vorstellungen nur deswegen ablehnt, weil sie aus dieser Richtung kommen.

Für jeden von uns ist selbstverständlich, daß, solange diese Republik besteht, zum Beispiel auf kommunaler Ebene die politischen Parteien Zusammenarbeit mit Gruppierungen wie Bürger- beziehungsweise Wählerinitiativen gepflegt haben. Viele Gemeinden haben einen Bürgermeister, der einer Bürger- oder Wählerinitiative angehört. In vielen Städten und Gemeinden ist die Zusammenarbeit positiv. Wir halten das für völlig normal.

Aus alledem sollte die FDP wissen, daß wir nach wie vor ein zuverlässiger Partner sind. Sie sollte sich freilich nicht darüber grämen, wenn im Lande punktuelle Besprechungen mit "Grünen" oder "Alternativen" stattfinden. Das Prinzip, "Ehen auf bestimmte Zeit" einzugehen, ist schließlich eine Erfindung der FDP und nicht der Sozialdemokraten.

Die Opposition versucht, die aktuelle Diskussion mehr und mehr für ihre vordergründigen Zwecke auszunutzen: Nach der verpaßten Chance zur Regierungsübernahme im Zusammenhang mit dem Haushalt 1983 sieht sie vorläufig kein Land mehr. Der Diskussionen um die "Grünen" ist deshalb eine "Spaltpilzfunktion" zugebracht. Lassen wir uns doch nicht verunsichern: Das Verhältnis zwischen SPD, FDP und den "Grünen" ist in zahlreichen Erklärungen umfassend beschrieben worden. Das muß ausreichen. die Koalitionspartner haben mit ihrem Haushaltskompromiß 83 gezeigt, daß sie bereit sind, den Wählerauftrag von 1980 zu erfüllen. Dieser Entschluß sollte nicht zerredet werden. Es ist aber auch selbstverständlich, daß gegebenenfalls erforderliche Korrekturen miteinander beredet werden. Vokabeln wie "Wackeln" und "Pendeln" können dabei nicht hilfreich sein. Wichtig ist die Besinnung auf die Gemeinsamkeiten und auf Begriffe wie Solidarität, Vertrauen und Verlässlichkeit.

(-/21.7.1982/ks/ca)

+ + +



Zu Lasten des gewählten Parlaments

Der türkische Verfassungsentwurf ist voller Widersprüche und Ungereimtheiten

Von Ludwig Fellermaier MdEP
Mitglied des EP-Ausschusses für Entwicklung und Zusammenarbeit

Bisher haben die regierenden Militärs in der Türkei den von Staatspräsident Eren verkündeten Zeitplan zur Redemokratisierung in etwa eingehalten. Diese objektive Feststellung muß man aber damit verknüpfen, daß im selben Zeitraum immer noch alle Grundrechte der Bürger außer Kraft sind, schwerbewaffnete Soldaten das Bild der Straßen in den Großstädten beherrschen und in den Gefängnissen Tausende politische Häftlinge sitzen, viele davon vom militärischen Ankläger mit der Todesstrafe bedroht, und daß nach wie vor Menschenrechte verletzt werden.

Bülent Ecevit, der Führer der Republikanischen Volkspartei und langjährige Ministerpräsident, sagte mir unmittelbar nach der Machtübernahme der Militärs im September 1980: "Nicht der Zeitplan der Rückkehr zur Demokratie ist wichtig, viel wichtiger ist, ob die türkische Republik zu einer realen Demokratie zurückkehrt."

Bei aller gebotenen Zurückhaltung in der Beurteilung des Entwurfs der neuen türkischen Verfassung, wie die ständige Kommission sie jetzt vorgelegt hat und die konsultative Versammlung demnächst beraten wird, muß man deshalb dazu Stellung nehmen, weil die Türkei ein mit der EG verbundenes Land ist, das nach dem Assoziierungsvertrag jederzeit einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG stellen kann. Die Türkei würde also in diesem Falle nach Spanien und Portugal ein weiteres Land in der Gemeinschaft der Völker Europas.

Deshalb folgende Feststellung: Die starke Stellung des künftigen Staatspräsidenten in der Verfassung, der von der Nationalversammlung danach für sieben Jahre gewählt würde und der das Recht hat, allein den Notstand auszurufen, das Parlament aufzulösen, einen Ministerpräsidenten auch von außerhalb des Parlaments zu ernennen, wird damit zum Überpräsidenten der Legislative. Er bleibt ohne echte demokratische Kontrolle. Hier muß man nach unserem Verfassungsverständnis ein starkes Fragezeichen anmelden. Hinzu kommt erschwerend, daß der künftige Staatspräsident von einem konsultativen Staatsrat aus ehemaligen Armeestabschefs, früheren Staatspräsidenten und anderen Personen "mit außerordentlichen Verdiensten um Nation und Staat" umgeben sein wird, und daneben wird dann noch eingesetzt ein nationaler Sicherheitsrat, der aus führenden türkischen Militärs besteht. Die Liste der Räte, mit der das künftige Staatsoberhaupt umgeben wird, endet mit einem Wirtschafts- und Sozialrat, dem Vertreter der Arbeitnehmer und Unternehmer angehören. Also insgesamt eine Konstruktion, die dem Staatspräsidenten eine zentrale Machtfülle zuweist, die nur zu Lasten des gewählten Parlaments gehen kann.

Das Zwei-Kammer-System der großen türkischen Nationalversammlung, verankert in der letzten Verfassung von 1961, wird in diesem Entwurf angeschafft und durch eine Kammer mit 400 gewählten Abgeordneten ersetzt. Politische Parteien werden in der neuen Verfassung zugelassen, eine spezielle Klausel verbietet jedoch die Bildung von Parteien, die sich nach Klassen organisieren wollen oder die Kommunismus, Faschismus oder eine Diktatur als Ziel haben. Nicht diese Formeln, die hier verwendet wurden, sind gefährlich, vielmehr ihre Auslegung kann gefährlich werden, wenn sich erstmals wieder Parteien bilden dürfen. Wer wird dann der Schiedsrichter im Streitfall der Zulassung oder Nichtzulassung sein? Deshalb wird man die Teile der Verfassung, die sich mit der Bildung der Parteien beschäftigen erst nach der Vorlage eines Parteiengesetzes abschließend beurteilen können. Die Frage der Vereinigungsfreiheit für



Parteien und ihre Mitwirkung am öffentlichen politischen Leben ist bisher jedenfalls ungeklärt. In diesem Zusammenhang muß man auch auf das Wahlgesetz warten. Denn spätestens in der Gestaltung des Wahlgesetzes wird sich zeigen, ob die früheren Parteiführer wie Ecevit von der Republikanischen Volkspartei oder Demirel von der Gerechtigkeitspartei und die Angehörigen früherer Parteien insgesamt das passive und aktive Wahlrecht erhalten und damit allen übrigen türkischen Staatsbürgern gleichgestellt werden, oder soll gar selektiert werden nach der Formel, gute und schlechte politische Bürger in der Türkei. Bis zur Stunde jedenfalls ist es allen früheren türkischen Politikern nach wie vor verboten, sich öffentlich zu äußern und zum Verfassungsentwurf Stellung zu nehmen. Wie lange fragen wir Sozialdemokraten wollen die Militärs die politischen Eliten im Land noch in einem Käfig des Schweigens einsperren? Auch die Gewerkschaftsparagraphen im Verfassungsentwurf, wonach Streiks und Aussperrungen als legale Mittel bezeichnet werden, kann man erst abschließend würdigen, wenn ein Gewerkschaftszulassungsgesetz vorliegt, denn nach dem jetzigen Wortlaut muß man Sorge haben, daß gewerkschaftliche Grundrechte nicht gewährleistet sind. Wird beispielsweise die Disk-Gewerkschaft sich wieder bilden können, deren führende Funktionäre in einem Massenprozeß in Istanbul seit Monaten angeklagt sind. Ein kleines Beispiel zur Illustration: Solidaritätsstreik mit anderen im Ausstand befindlichen Arbeitnehmern sind in der neuen Verfassung verboten. Wenn also Transportarbeiter im Hafen Ismir sich weigern, Ladung zu löschen, die für Metallbetriebe bestimmt ist, in denen legal gestreikt wird, ist das bereits verfassungswidrig. Ebenso ist der Generalstreik grundsätzlich verboten. Es gilt im Gewerkschaftsbereich eine weitere fast nicht hinzunehmende Einschränkung. Lapidar sagt ein neuer Verfassungsartikel: Gewerkschaften dürfen über keinerlei Beziehungen zu politischen Parteien oder anderen Organisationen verfügen. Hier ist der freien Interpretation oder der Restriktion jeder Raum gelassen. Deshalb ist der Deutsche Gewerkschaftsbund und sind die europäischen Gewerkschaften aufgerufen, sich sehr schnell in die internationale Diskussion des Entwurfs der türkischen Verfassung miteinzuschalten.

Der Präsident der türkischen Rechtsanwaltsvereinigung, Attila Saf, dem die Militärs Anfang Juli untersagten, den dänischen sozialdemokratischen Abgeordneten Ove Fich und mich in Ankara zu einem Gespräch zu empfangen, nannte in einer ersten Stellungnahme die Verfassung "eine unsystematische Zusammenstellung unerheblicher Klauseln, die gleichzeitig die Rechtsprechung der Mittel berauben, den Mißbrauch der Macht des Präsidenten zu verhindern". Fürwahr ein schwerer Vorwurf eines namhaften türkischen Juristen.

Wir können nur hoffen, daß die Verfassungsväter, die in diesen Tagen in der konsultativen Versammlung, die von den Militärs ja ernannt worden war, mit den Beratungen beginnen, die Kraft und die politische Weisheit hat, manches der Widersprüche und Ungereimtheiten im Entwurf zu eliminieren. Klarheit in der Verfassung ist notwendig! Die Wünsche aufrechter Demokraten begleiten sie bei dieser Arbeit.

Die SPD wird fair, vorurteilsfrei, aber ebenso kritisch die weiteren Arbeiten an der türkischen Verfassung beobachten. Sie tut es in Sorge um die Wiederherstellung der realen Demokratie in diesem Lande und in enger Freundschaft zum türkischen Volk, dem sie wünscht, daß die Generäle bald in die Kasernen zurückkehren. Denn dorthin gehören sie.
(-/21.7.1982/bgy/ca)

+ + +



Untersuchungsausschuß im CSU-Würgegriff

Der Fall Langemann beweist: Nachrichtendienste brauchen parlamentarische Kontrolle

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses im Deutschen Bundestag

Die im Zusammenhang mit der Langemann-Affäre durch den Untersuchungsausschuß und darüber hinaus bekannt gewordenen Fakten sowie Hinter- und gelegentlich auch Abgründe haben bereits jetzt belegt, wie unter anderem durch personelle Fehlbesetzung in einem hochsensiblen Bereich der Inneren Sicherheit in Bayern beträchtlicher Schaden angerichtet worden ist. Es ist schon schlimm und peinlich zu sehen, wie sich die verantwortlichen Staatsminister beziehungsweise Staatsregierung hier aus ihrer Verantwortung zu winden versuchen. Geradezu ein negatives Lehrstück ist es aber, wie nun die CSU-Landtagsfraktion den Langemann-Untersuchungsausschuß in den parlamentarischen Würgegriff genommen hat, um zunächst einmal alles abzublocken. Derartige Knebelungspraktiken gegen die Minderheitsfraktion wäre in Bonn undenkbar, und an der Unterstützung des lautstarken Protestes würde man mit Sicherheit die Vertreter jener CSU finden, die in München den parlamentarischen Untersuchungsausschuß erledigen, weil Ihnen ein ungestörter Wahlkampf über alles geht und die Sensibilität für parlamentarische Minderheitenrechte weitgehend verkümmert ist.

Mit dem Blick auf die bisherigen Erkenntnisse aus dem Langemann-Fall für die Innere Sicherheit in Bayern, hat der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Karl-Heinz Hiersemann, festgestellt, daß die bisherigen Instrumente zur Kontrolle geheimdienstlicher Tätigkeit nicht ausreichen. Sein Vorschlag: Die Einsetzung eines Verfassungsschutzbeauftragten. Der Hiersemann-Vorschlag hätte seitens des bayerischen Innenministeriums eine konstruktive Antwort verdient, als ein sehr oberflächliches Nein.

Niemand kann doch ernsthaft bestreiten, daß im Falle des Dr. Langemann die innerexekutive Kontrolle versagt hat. Fraglich bleibt es auch, ob die Unterrichtung des Landtags sicherheitsausschusses über Fragen des Verfassungsschutzes in Bayern in den vergangenen Jahren jene Qualität hatte, die eine parlamentarische Kontrolle ernsthaft und substanzvoll gewährleistet.

Die Tätigkeit der Nachrichtendienste und die exekutive Kontrolle bedürfen aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre ohne Zweifel einer effektiveren begleitenden parlamentarischen Kontrolle. Das gilt nicht nur im Bund. Es gilt selbstverständlich auch für Bayern. Hier könnte die Einrichtung eines Ombudsmannes beziehungsweise eines Beauftragten für den Verfassungsschutz zusätzlich hilfreich sein. Man denke nur an die verfassungsmäßig abgesicherte Institution des Wehrbeauftragten, die sich, was den Schutz der Grundrechte und die Tätigkeit als Hilfsorgan des Parlaments bei der Ausübung parlamentarischer Kontrolle bewährt hat. Einen entsprechenden Vorschlag habe ich aufgrund der Erfahrungen der 70er Jahre und mancher Gespräche auch mit Beschäftigten des Nachrichtendienstes selbst, bereits im Frühjahr 1980 in die Diskussion auf Bundesebene eingeführt. Deshalb möchte ich den Vorschlag Hiersemann für Bayern nachdrücklich unterstützen. Sein Vorstoß sollte in Bayern zum Anlaß genommen werden, eine seriöse Bestandsaufnahme über die Wirksamkeit der innerexekutiven und parlamentarischen Kontrolle geheimdienstlicher Tätigkeit vorzunehmen und hierbei das Thema Verfassungsschutzbeauftragter mit einzubeziehen.

(-/21.7.1982/ks/ca)

+ + +



Arbeitslosenzahlen alarmieren

Zonenrandförderung bleibt unbedingte Notwendigkeit

Von Hans Böhler MdB

Obmann der Arbeitsgruppe innerdeutsche Beziehungen in der SPD-Bundestagsfraktion

Die Zonenrandförderung hat viele Kritiker und wie es scheint werden es immer mehr. Die Gründe liegen meist darin, daß die Zonenrandförderung erstens im Umfang überschätzt wird und zweitens jedermann glaubt, daß das Instrumentarium des Zonenrandförderungsgesetzes auch die Probleme anderer Räume lösen könnte.

Wahr ist, daß in den letzten elf Jahren mit Hilfe dieses Gesetzes im Grenzstreifen zur DDR und CSSR viel erreicht wurde. Die Infrastruktur des gesamten Raumes wurde gewaltig verbessert, seine Leistungskraft wurde wesentlich gestärkt. Dasselbe läßt sich in Teilbereichen von der Wirtschafts- und Dienstleistungsstruktur sagen. Insofern war und ist die Zonenrandförderung eine erfolgreiche Politik. Sie hat einen stabilen gesetzlichen Rahmen, der den hohen Stellenwert der Zonenrandförderung gegenüber den Schwankungen der Tagespolitik absichern soll.

Diese Feststellungen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß ohne diese Förderungspolitik weite Bereiche dieses Raumes überhaupt nicht lebensfähig wären. Grenzziehung bedingt eine absolute Benachteiligung, die sich durch nichts aufheben läßt. Deshalb wird die Zonenrandförderung nicht in erster Linie wirtschaftlich begründet, sondern hat einen deutschlandpolitischen Auftrag.

Die momentane wirtschaftliche Lage zeigt besonders gravierende Spuren im Zonenrandgebiet: Die Arbeitslosenzahlen sind höher als woanders; die Abwanderungszahlen sind im Steigen begriffen. Insgesamt läßt die Wirtschaftskraft im Zonenrandgebiet weit stärker nach als in anderen Bereichen der Bundesrepublik. Das ist eine alarmierende Neuentwicklung. Die Standortferne und extreme Randlage haben voll durchgeschlagen.

Dazu mag beigetragen werden, daß in anderen Krisengebieten eine verstärkte Förderung praktiziert wurde. Dadurch könnte es passieren, - manches weist darauf hin - daß andere Gebiete sich auf Kosten des Zonenrandgebietes sanieren. Damit würde die erfolgreiche Arbeit des letzten Jahrzehnts ausgehöhlt.

Die Zonenrandförderung ist nicht vergleichbar mit einer Subvention, die zur Lösung eines strukturellen oder regionalen Problems im übrigen Bundesgebiet eingesetzt wird. Sie ist eine Daueraufgabe, solange die Teilung Deutschlands gegeben ist. Effektive Zonenrandförderung ist eine unbedingte Notwendigkeit und darf durch andere Förderungsmaßnahmen außerhalb des Zonenrandgebiets nicht unterlaufen werden. In den kommenden Haushaltsberatungen muß dies beachtet werden.
(-/21.7.1982/ks/ca)

+ + +



BuchbesprechungWiderstand nicht erst mit dem 20. Juli 1944

Titel: Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung 1933 bis 1945
Verlag: Neue Gesellschaft, Bonn, DM 48,--.

Zu den Problemen der "Vergangenheitsbewältigung" gehören auch die Fragen, wie Hitler an die Macht gelangen konnte, unter welchen Bedingungen sich der Widerstand gegen die Diktatur entwickelte, welche Chancen er hatte und welche politischen Kräfte mit welchen Zielen aktiven Widerstand leisteten. Als Grundlage für den Schulunterricht sowie für Kurse und Seminare der Erwachsenenbildung ist jetzt im Verlag "Neue Gesellschaft" ein Buch erschienen, das - belegt mit zahlreichen Dokumenten und Darstellungen von Zeitzeugen - eine Art Bestandsaufnahme des Geschehens kurz vor und während der Hitler-Diktatur bietet. Was dieses Buch besonders wertvoll macht, ist die emotionslose Aneinanderreihung von Dokumenten, offiziellen Stellungnahmen, von Berichten der Frauen und Männer im Widerstand und Aktenauszügen der Gestapo. Alles zusammengefaßt ergibt ein anschauliches Bild einer Epoche, die bisher nur eine unvollständige Würdigung in der einschlägigen Literatur gefunden hat.

Dabei wird deutlich, daß der Widerstand nicht erst mit dem 20. Juli 1944, der Revolte der Generale, begonnen hatte, sondern schon 1933 unmittelbar nach der sogenannten Machtübernahme durch Hitler. Das Buch vermittelt dem Leser Einblick in den Terror von Hitlers Schlägerbanden SA und SS gegen Regimegegner der unterschiedlichsten politischen Einstellung. Auch daß schon 1933 und nicht erst viel später zahlreiche Konzentrationslager in allen Teilen Deutschlands existierten, wer dorthin verschleppt wurde und welche unmenschlichen Methoden angewandt wurden, um Regimegegner auszuschalten oder gefügig zu machen, erfährt der Leser durch die emotionslose Aneinanderreihung von Fakten.

Das Buch ist so rechtzeitig erschienen, daß es noch vor den Gedenktagen aus Anlaß der 50jährigen Wiederkehr der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 als wichtiges Dokumentarwerk zur Grundlage des Geschichtsunterrichtes ausgewählt werden kann. Die Gliederung ist übersichtlich und durch klare Darstellung von Erlebnissen der Zeitgenossen von einprägsamer Dramatik. Man sollte davon ausgehen können, daß es bald Eingang in die Fachliteratur über das "Dritte Reich" finden wird, zumal es bisher kaum ein Werk gibt, das so zahlreiche direkte Einblicke in die Erlebnisse der damals unmittelbar handelnden Personen bietet.

Auch die das Buch begleitenden Darstellungen von der Entstehung des ersten demokratischen Staates in Deutschland, genannt die Republik von Weimar, und die vielen Ursachen des Zerfalls werden einprägsam geschildert. Zahlreiche Literaturhinweise ergänzen das umfangreiche Werk, sodaß es allen jenen, die noch mehr über die Hitler-Diktatur und ihre aktiven Gegner im In- und Ausland wissen wollen, ein Leichtes ist, sich ein umfassendes Bild zu verschaffen.

Namhafte Persönlichkeiten der politischen Wissenschaften haben sich mit Beiträgen an diesem wohl einzigartigen Werk beteiligt. Unter ihnen Manfred Geis, Margrit Grubmüller, Ulrich Henke, Susanne Miller, Detlev Peukert, Horst Schmidt, Klaus Schönhoven und Ulrich Schüren.

Günter Markscheffel

(-/21.7.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

